



## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter SPD**

### **Nachhaltige Energiewirtschaft in der Krise stärken: Wichtige Impulse im Bereich Erneuerbare Energien nicht weiter verschleppen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die bereits im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung vereinbarte Abschaffung des 52-Gigawatt-Förderdeckels im Bereich des Solarausbaus unverzüglich gesetzlich verankert wird,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die vereinbarte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Ökostromausbau umgehend einberufen wird,
- unverzüglich den angekündigten Änderungsvorschlag für die Bauordnung vorzulegen, der für die Inbetriebnahme der bereits vor Einführung der 10H-Regelung genehmigten Windkraftanlagen erforderlich ist.

### **Begründung:**

Die Corona-Pandemie führt zu erheblichen Belastungen für die Wirtschaft. Die unmittelbaren Maßnahmen und Soforthilfeprogramme auf Landes- wie auf Bundesebene sind daher begrüßenswert und essenziell. Gleichzeitig müssen die Regierungen sicherstellen, dass ohnehin geplante wirtschaftliche Impulse nicht verschleppt werden – und infolgedessen zusätzliche Schäden entstehen. Dies betrifft auch den Bereich der Erneuerbaren Energien.

Im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung einigten sich die Koalitionspartner auf die Abschaffung des 52-Gigawatt-Förderdeckels. Der Bundesrat hat dessen Abschaffung ebenfalls gefordert. Bereits für diesen Sommer wird eine installierte Leistung von 52 Gigawatt – und damit der Förderstopp für Solaranlagen – prognostiziert. Laut Branchenangaben werden aus diesem Grund bereits jetzt Investitionen verschoben. Auch die vereinbarte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Klärung offener Fragen im Bereich Windenergie und Ökostromausbau muss nun unverzüglich eingesetzt werden. Auch hier geht es um Planungs- und Investitionssicherheit, die die Branche dringend benötigt. Das gegenseitige Auspielen der Bereiche Wind- und Solarenergie durch die Union muss ein Ende finden.

Auf Landesebene hatte die Staatsregierung im Bereich Windkraftausbau bereits Anfang Dezember 2019 eine Gesetzesänderung in Aussicht gestellt, die für Rechtssicherheit bei der Inbetriebnahme von Windkraftanlagen, die vor der Einführung der 10H-Regelung genehmigt wurden, sorgen soll. Bis heute wartet die Branche auf eine Klarstellung. Gerade in Krisenzeiten sollten wirtschaftliche Impulse gesetzt und die Planungs- und Investitionssicherheit gestärkt werden.

Die Nationalakademie Leopoldina empfiehlt in ihrer Stellungnahme vom 13. April 2020 zur Überwindung der Coronavirus-Pandemie, dass staatliche Maßnahmen, die nach

dem Abklingen der Pandemie wirtschaftliche Tätigkeiten wieder anstoßen, die Kriterien der Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen sollten. Umso absurder mutet es an, dass bereits beschlossene Impulse im Bereich der Energiewende nicht zum Tragen kommen und die betroffenen Unternehmen und ihre Mitarbeiter den wirtschaftlichen Unsicherheiten ausgesetzt werden.